

Foto: © Janis Vougioukas



Olympia-Wanderarbeiter haben ausgespielt

Als Peking den Zuschlag für die Olympischen Spiele bekam, feierte Zhu Zhengsheng die ganze Nacht. Vielleicht hat er sich sogar noch etwas mehr gefreut als die anderen Menschen, die damals auf den Pekinger Straßen tanzten. Denn ein wenig war es ja auch sein Verdienst.

Zhu wusste wenig über Peking, als er vor zehn Jahren am Westbahnhof aus dem Zug stieg. Zum Glück hatte er die Telefonnummer eines Freundes dabei. Der holte ihn ab und brachte ihn zu der Baustelle. Die war sehr, sehr groß. Am nächsten Tag begann er mit der Arbeit. Er wusste am Anfang auch nicht, was er baute. Er verputzte einfach die Wände, die der Vorarbeiter ihm zuteilte. Später erfuhr er dann, dass in diesem Gebäude einmal die Tischtennisturniere der Olympischen Spiele stattfinden sollen. Im August wird die ganze Welt

das Gebäude im Fernsehen sehen – und die Wände, die Zhu verputzt hat. „Ein ganz besonders Gefühl“, sagt Zhu, „ich habe etwas beigetragen.“

Drei bis vier Millionen Wanderarbeiter haben die chinesische Hauptstadt für die Olympischen Spiele hergerichtet. Niemand kennt die genaue Zahl. Doch Experten schätzen, dass 200 Millionen chinesische Bauern ihr Land verlassen haben, um in den boomenden Wirtschaftszentren zu arbeiten. Chinas Wanderarbeiter sind das Rückgrat des Industriebooms. Vom neuen Wohlstand profitieren sie jedoch am wenigsten. Millionen Chinesen ergeht es wie Zhu Zhengsheng. Er wohnt im Norden der chinesischen Hauptstadt. Eine breite Straße schlängelt sich dorthin. Irgendwann muss man rechts in eine schmalere Straße abbiegen, wo Bauern ihre Ernte auf den Gepäckträgern ihrer

Weiter auf Seite 2



Inhalt

Titel

- | Olympia-Wanderarbeiter haben ausgespielt S.1
- | „Play Fair 2008“ S.2

Kommentiert

- | Ausbeutung unter blutroten Fahnen S.2

Vorgestellt

- | Bal Gopal Thapa; Barbara Geier S.3

Aus der Arbeitswelt

- | Knochenjobs für Biodiesel S.4
- | Das Mindeste für die Schwächsten; Sklaven befreit S.5
- | Südafrika – der Riese strauchelt; Ramatex macht dicht S.6

Aus den Projekten

- | Webseite für Netzwerke; VW-Kollegen rücken zusammen S.7

Notiert

- | Sport des Südens; Indien informell; Endstation für Obst; Sommerakademie S.8
- | Terminhinweise, Impressum S.8

Fortsetzung von Seite 1

Fahrräder verkaufen. Am Ende einer Sackgasse windet sich ein Feldweg durch eine stinkende Hügellandschaft aus Müll und Kompost. Dann sieht man seine kleine Hütte. Sie steht mitten in einem Neubaugebiet, gleich zwischen funkelnden neuen Hochhäusern der jungen chinesischen Mittelschicht. Deren Angehörige können von ihren Balkons zusehen, wie er sich abends nach der Arbeit am Wasserhahn im Garten wäscht. Doch in all den Jahren hat er noch nie ein Wort mit den Nachbarn in den Hochhäusern gewechselt. Chinas Wanderarbeiter leben im Schatten der glitzernden Boomwirtschaft; sie sind die Verlierer, die Unberührbaren in der neuen chinesischen Gesellschaftsordnung.

Sie schuften für Mindestlöhne in Fabriken, arbeiten auf Baustellen und als Hilfskräfte in Büros. Die Oberklasserestaurants, in denen nicht selten während des ganzen Mahls eine Kellnerin neben jedem Tisch steht, können ihren verschwenderischen Luxus nur deshalb zu erschwinglichen Preisen anbieten, weil die jungen Landmädchen für einen Hungerlohn arbeiten und nach Feierabend unter den Tischen übernachten. Das chinesische Wirtschaftswunder basiert auf der Ausbeutung der Landbevölkerung.

Es gibt kleine Verbesserungen. Die Gewerkschaften öffnen sich langsam auch für die Gastarbeiter aus den Armutprovinzen. Ihre Kinder dürfen inzwischen in den Städten zur Schule gehen. Erstmals nahmen im März drei Wanderarbeiter an der Sitzung des Nationalen Volkskongresses in Peking teil. Symbolik – aber immerhin. „In den letzten vier Jahren sind sogar die Gehälter der Wanderarbeiter um zwanzig Prozent gestiegen“, sagt Liu Kaiming, Chef der Nichtregierungsorganisation Institute of Contemporary Observation. Doch die schnell steigende Inflation hat die Einkommensverbesserungen fast vollständig aufgezehrt. Und die Verbesserungen kommen daher, dass Arbeitskräfte in China inzwischen knapp sind und die Firmen sich um ihre Mitarbeiter bemühen müssen. „Es ist ein Anfang“, sagt Liu. Doch es wird noch lange dauern, bis Chinas Arbeiter wie normale Bürger behandelt werden.

Zhu wäre gerne dabei, wenn die besten Tischtennisspieler der Welt in „seiner Halle“ gegeneinander antreten. Doch jetzt, wo die Baugerüste abgebaut sind, will Peking die Wanderarbeiter wieder loswerden. Für die Dauer der Spiele müssen sie die Hauptstadt verlassen.

Janis Vougioukas

 Der Autor ist freier Journalist in Shanghai

 Weitere Informationen:
www.labournet.de/internationales/cn/arbeit



Kommentiert

Ausbeutung unter blutroten Fahnen

Würde Marx heute über China schreiben, würde er vermutlich von „ursprünglicher Akkumulation“ sprechen. Seit Deng Hsiao Ping vor rund 30 Jahren unter der Devise „Bereichert Euch!“ die kapitalistische Wende Chinas eingeleitet hat, laufen dort ähnliche Vorgänge ab wie in England am Ende des 18. Jahrhunderts. 80 Millionen Menschen – nur gut sechs Prozent der Bevölkerung – besitzen mittlerweile fast alle Reichtümer des Landes. Im Gegenzug verarmte die Landbevölkerung in den letzten Jahren rapide. Viele Landbewohner können dem Verhungern nur dadurch entkommen, dass sie sich in den Städten als Wanderarbeiter durchschlagen. In China ist der innerstaatliche Umzug aber beschränkt, so dass die ganz offizielle Tätigkeit vieler Wanderarbeiter und -arbeiterinnen in den Städten zugleich offiziell illegal ist. So bleiben sie jederzeit der Willkür von Firmen und Behörden ausgeliefert. Extreme Ausbeutung, schwere Arbeitsunfälle und völlige Rechtlosigkeit



Frank Schmidt-Hullmann

Foto: © IG BAU

sind die Regel. Auf den Olympiabaustellen kamen viele Wanderarbeiter um oder wurden dauerhaft ohne Chance auf Rente verstümmelt. Wer nicht pariert oder zwischen zwei Elendsjobs auf der Strasse leben muss, landet schnell im Zwangsarbeitslager und muss dort als Sklavin oder Sklave für den Weltmarkt produzieren. Wie im alten England. Konnte aber ein englischer Arbeiter wenigstens noch vom Sozialismus als Gegenentwurf zum Manchesterkapitalismus träumen, segelt die chinesische Ausbeuterklasse unter blutroten Fahnen.

Wir stützen diese Zustände, wenn wir viel zu billig einkaufen und immer gleich erschrecken, wenn die chinesische Oberschicht uns Vorschriften machen will, wie China zu beurteilen ist. Aus ihren Reihen kommen diejenigen, die unsere Kritik verteufeln. Man komme mir nicht mit „Fortschritten“. Sie sind minimal. Dem Gros der Bevölkerung geht es in jeder Hinsicht schlechter als vor zwanzig Jahren. Neue Luxushospitäler in Beijing und Shanghai – dafür keine Pillen mehr in der Provinz, das ist real. Freiere Information und mehr Rechte gibt es natürlich auch: Aber exklusiv für Nutznießer und Träger des Systems.

Frank Schmidt-Hullmann

 Der Autor ist Internationaler Sekretär der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU)

„Play Fair 2008“

Für die großen Sportartikelhersteller und das Internationale Olympische Komitee sind die Olympischen Spiele in China eine große Werbeveranstaltung; sie erwarten im Land des Wirtschaftsbooms nie gesehene Umsatzsteigerungen. Ermöglicht wird das auf Kosten der Menschen, die diese Produkte herstellen. Die Hälfte von ihnen arbeitet für weniger als den Mindestlohn in China, oft sieben Tage die Woche und bis zu zwölf Stunden am Tag, wie eine Studie des Bündnisses „Play Fair 2008“ herausfand. Die Aktion „Play Fair 2008“, die auch vom Internationalen Gewerkschaftsbund getragen wird, will die Sportbekleidungsfirmen und das Olympische Komitee an ihre soziale Verantwortung erinnern. Nach ihren Vorstellungen soll das Olympische Komitee internationale Arbeitsnormen in die Olympische Charta aufnehmen, damit sie bei der

Herstellung von Sportartikeln für die Olympischen Spiele eingehalten werden. Auch in die Verträge mit Sponsoren sollen Arbeitsnormen als verpflichtend aufgenommen werden. Freiheit für Gewerkschaften und Löhne, die die Existenz der Arbeiter sichern, verlangt „Play Fair 2008“ von den Sportartikelherstellern.

 Weitere Infos: www.sauberekleidung.de



„Unsaubere“ Arbeitsstandards: Chinas Billigprodukte

Foto: © agenda/Michael Kottmeier



Vorgestellt

Bal Gopal Thapa

Selbst verprügelt

Früher war Bal Gopal Thapa Lehrer. Jetzt ist er Gewerkschafter beim Dachverband nepalesischer Gewerkschaften GEFONT. Und arbeitet immer noch mit Kindern. „Das muss aufhören“, sagt er, „Kinderarbeit darf nicht sein.“ Aber Nepal ist eines der ärmsten Länder der Erde; das Pro-Kopf-Einkommen liegt bei 240 US-Dollar, und die Mindestlöhne reichen nicht, um eine Familie zu ernähren. Also müssen auch die Kleinen mit ran.

Bal Gopal Thapa arbeitet im Bereich Druckindustrie. „Das sind die Männer an den großen Heidelberg-Maschinen“, sagt er, „aber auch die Jungen und Mädchen, die auf den Straßen die Zeitungen verkaufen.“ Manche sind erst fünf Jahre alt. Die Gewerkschaft versucht, diese Straßenhändler zu organisieren. Aktivisten sprechen sie an, laden sie ins Gewerkschaftshaus ein, erzählen ihnen, wie wichtig Bildung ist. Und nehmen sie dann mit zu den Initiativen, die sich um sie kümmern. Wäre es nicht einfacher, die Händler zu kontrollieren, jene, die den Kindern für jede verkaufte Zeitung eine Rupie geben – und selber

zwei kassieren? „Nein“, sagt der 27-jährige Gewerkschafter, „die Kinder brauchen etwas zu essen.“ Leider könnten auch die Nichtregierungsorganisationen nicht alle auffangen. Die Regierung wäre gefordert. „Aber die tut viel zu wenig.“

Bal Gopal Thapa ist ein sanfter, lustiger Mann. Er mag seinen Job und will einen Beitrag dazu leisten, dass sich die Arbeits- und Lebensbedingungen verbessern. „Aber manchmal fühle ich mich machtlos“, sagt er. Vor allem, wenn es darum geht, Arbeitern zu ihrem Recht zu verhelfen. Zwar gibt es Arbeitsgesetze in Nepal. „Aber die Gerichte verschleppen die Prozesse. Bis zum Urteil vergehen manchmal fünf, sechs Jahre.“

Nicht gut zu sprechen ist Thapa auf die Maoisten in Nepal. Zwar beteiligen sie sich seit April 2007 an der Regierung und nun auch an der verfassungsgebenden Versammlung. Aber noch immer provozieren sie Gewalt, wie früher. Er zeigt seine Schulter, seine Arme, sein Gesicht spiegelt Schmerz. Vor gut einem Jahr, erzählt er, hielt ein GEFONT-



Foto: © Kerstin Zimmer

Bal Gopal Thapa

Gewerkschafter eine Rede. „Aufhören, aufhören“, riefen die Maoisten. Sie griffen an. Thapa ging dazwischen. Und wurde seinerseits verprügelt.

Cornelia Gerlach

Barbara Geier

Gut ausgeschlafen

Barbara Geier nimmt ein Stück Kreide in die Hand und blickt über den Rand ihrer Brille. „Was sind die Voraussetzungen für gute Bildung?“, fragt sie die Jugendlichen, die vor ihr in den Bänken sitzen. Hände schießen hoch. Barbara Geiers Schüler kennen die Antwort: Kostenloser Unterricht, genug Schulen und Lehrer, kleine Klassen, gute Atmosphäre, man muss ausgeschlafen sein und sollte nicht schon gearbeitet haben. Alle wissen, dass dies in vielen Teilen der Welt nicht gegeben ist. Und dass es an der Zeit ist, das zu ändern. Darüber wollen sie mit Politikern sprechen.

Barbara Geier ist Lehrerin für Englisch und Französisch an der Geschwister-Scholl-Gesamtschule in Hamburg. Und sie ist Gewerkschafterin und engagiert sich für internationale Zusammenarbeit. Als Studentin ist sie nach Brasilien gereist, um die Arbeit des Pädagogen Paolo Freire kennen zu lernen. Freire wollte die Menschen umfassend alphabetisieren: Außer Lesen und Schreiben sollten sie lernen, ihre eigene Situation zu analysieren und mündige Bürgerinnen und Bürger zu werden.

Im Januar war Barbara Geier wieder in Brasilien, diesmal als Delegierte der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) beim dritten Weltkongress der Globalen Bildungskampagne. Dort wurde die größte Unterrichtsstunde der Welt vorbereitet: Weltweit sollten sich gleichzeitig Millionen von Schülerinnen und Schülern mit Bildung und Chancengleichheit für alle befassen. Voller Elan kam Barbara Geier nach Hamburg zurück. Aber hier wurde die Idee zunächst zögerlich aufgenommen. „Kein Wunder“, sagt sie, „die Kolleginnen und Kollegen sind überlastet, für Extras fehlt Kraft.“ Letztlich machte die Schule dann doch mit, und Barbara Geier fuhr nach Berlin, um vor dem Reichstag öffentlich zu unterrichten. „Ich will, dass meine Schülerinnen und Schüler begreifen, dass sie in einer Welt leben“, sagt sie.

Die Kontakte zu Gewerkschaftern in anderen Ländern erlebt Barbara Geier als „anregend, aber auch beschämend“ – weil sie oft sehr viel weiter denken, während hier „die Entdemokratisierung voran schreitet.“ Sie will dagegen halten. Dem-



Foto: © Kerstin Zimmer

Barbara Geier

nächst wird sie 62. Ein Jahr noch, dann lässt sie sich pensionieren. Sie will mehr Zeit haben für die internationalen Kontakte der GEW.

Cornelia Gerlach



Knochenjobs für Biodiesel

Mit den Quoten für Biobrennstoff ist der Bedarf an Palmöl weltweit rasant gestiegen. Arbeiter in Indonesien verlieren ihr Land und riskieren ihre Gesundheit, um die Nachfrage zu stillen.

Es dämmt bereits auf der Palmölplantage des Unternehmens PT Bumitama Gunajaya Agro in der indonesischen Provinz Zentralkalimantan. Die meisten Arbeiter sitzen erschöpft vor den Holzbaracken im Arbeitercamp und rauchen. Nur ein Team ist noch unterwegs, um die restlichen Ölpalmenfrüchte auf die Ladefläche des letzten Lastwagens zu wuchten. Da klingelt das Handy des Vorarbeiters: Der Wagen ist im zähen Schlamm der Plantagenwege stecken geblieben. Er muss noch einmal mit dem Traktor los, um den Laster aus dem Dreck zu ziehen. Das Team, das die Früchte einsammelt, wartet draußen auf ihn, mit beiden Füßen im Matsch, bis es seine Arbeit in der Dunkelheit fortsetzen kann. Die Ernte muss heute noch in die Fabrik.

Einen Lohnzuschlag gibt es deswegen nicht. „Auf den Plantagen wird die Arbeitszeit nicht in Stunden gerechnet. Es geht allein um die Menge der abgelieferten Ernte“, erklärt Ibu Rulita von der Gewerkschaft für Holz-, Forst- und Plantagenarbeiter in Indonesien (DPP FSP KAHUTINDO) in Jakarta. „Schafft ein Arbeiter das geforderte Pensum nicht, müssen meist seine Frau und Kinder mit anpacken.“

6,5 Millionen Hektar Palmölplantagen gibt es zurzeit in Indonesien, insgesamt 20 Millionen Hektar sind bereits verplant. Der Palmölverbrauch hat sich in den letzten zehn Jahren etwa verdoppelt. Bislang wurde das billige Pflanzenöl vor allem in Lebensmitteln und Kosmetika weiterverar-



Arbeit wird nicht in Stunden gerechnet: Leiharbeiter und Tagelöhner bringen Früchte der Ölpalmen ein.

Foto: © Paul Kadarisman

beitet. Doch seit Europa, die USA und nun auch China eine Quote für Biobrennstoffe festgelegt haben, ist der Markt für den Biodiesel-Rohstoff geradezu explodiert. Um davon zu profitieren, will die indonesische Regierung die Anbaufläche in diesem Jahr auf 8,4 Millionen Hektar ausweiten.

Für die Bearbeitung so riesiger Flächen holen sich die Unternehmen immer häufiger kostengünstige Arbeitskräfte von Leiharbeitsfirmen. Arbeitslose Familienväter von den überbevölkerten Inseln Java und Madura oder junge Leute aus unterentwickelten Regionen auf Nias oder Sumbawa suchen oft so verzweifelt nach Einkommensquellen, dass sie sich von deren unsozialen Arbeitsbedingungen nicht abschrecken lassen. Fernab ihrer Heimat schufteten sie schwer auf den Plantagen Sumatras oder Borneos – ohne Kranken-, Renten- oder Unfallversicherung oder sonstige soziale Leistungen.

Gewerkschaften gibt es eigentlich nur in den Plantagenbetrieben der Regierung, aber nur auf dem Papier: „Die Köpfe dieser Gewerkschaften sind immer auch die Köpfe des Unternehmens, niemals Arbeiter“, berichtet Ibu Rulita. „In privaten Unternehmen trauen sich die Arbeiter kaum jemals,

sich zu organisieren – aus Angst, ihren Job zu verlieren. Verbale wie körperliche Bedrohungen kommen leider häufig vor.“ Private Unternehmen sind bei den Arbeitern dennoch beliebter, weil sie besser zahlen. Andererseits bieten die Regierungsplantagen ihren Arbeiterinnen und Arbeitern immerhin einige soziale Absicherungen wie Krankengeldzuschüsse oder Rente. „Doch auch die Plantagen der Regierung beschäftigen immer mehr Leiharbeitsfirmen, um diese Ausgaben zu umgehen“, sagt Rulita.

Etwa 40 Prozent der Arbeiter auf Indonesiens Palmölplantagen sind mittlerweile Leiharbeiter. 20 Prozent der Arbeit wird von Tagelöhnern getan. Das sind meist die ursprünglichen Einwohner der Wälder und Felder, die den Ölpalmen weichen mussten. Sie erledigen die niedrigste Knochenarbeit auf den Plantagen, für umgerechnet ein bis zwei Euro am Tag. Viele von ihnen sind neidisch auf die aus ihrer Sicht guten Jobs der Leiharbeiter. „Die Arbeitsbedingungen auf den Plantagen gehören zu den schlimmsten hierzulande, selbst im Vergleich zur Textilwirtschaft, die international viel mehr beachtet wird“, weiß die Gewerkschafterin. „Fernab von der Hauptstadt Jakarta ist staatliche Kontrolle genauso schwierig zu realisieren wie ein ausreichender Zugang zu Informationen über Arbeiterrechte.“

Christina Schott

Die Autorin ist freie Journalistin in Jakarta

Weitere Informationen:
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/05030.pdf>



Foto: © Paul Kadarisman

Riesige Flächen Land sind für die Exportproduktion verplant: Ölpalmenplantage in Indonesien



Das Mindeste für die Schwächsten

Die Mindestlohnpolitik in Brasilien hat die Armut zurück gedrängt. Steigende Lebensmittelpreise stellen diesen Erfolg der Regierung jetzt in Frage.

Aus allen Teilen des südbrasilianischen Bundesstaats Rio Grande do Sul sind Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zum Regionaltreffen des Gewerkschaftsdachverbandes CUT nach Porto Alegre geströmt. Eine der Delegierten ist Silvia Belloso. Die zierliche 31-Jährige arbeitet seit 1992 in einer Schuhfabrik im Hinterland. Sie gehört zu den wenigen CUT-Mitgliedern, die mit dem regionalen Mindestlohn von derzeit 470 Reais (183 Euro) auskommen müssen.

Gerade deswegen hat sie mehr als andere von der Politik des Präsidenten und Ex-Metallgewerkschafters Luiz Inácio Lula da Silva profitiert, der sich die Verringerung der absoluten Armut auf die Fahnen geschrieben hat. Das wohl effektivste Instrument dafür war die überdurchschnittliche Erhöhung des Mindestlohns – 20 Millionen Brasilianer sind laut einer Studie vom Dezember 2007 in den letzten Jahren in die untere Mittelschicht aufgestiegen. Die Gewerkschaften haben dazu erheblich beigetragen. Bis 2006 stand die Forderung nach höheren Mindestlöhnen ganz oben auf ihrer Agenda. Mit Erfolg: Nach Berechnungen des Gewerkschaftsinstituts DIEESE bekommen 17 Millionen Mindestlohn-Empfänger heute real 37 Prozent mehr als 2002, als Lula seine erste Wahl gewann. Doch bis zu einem würdigen Mindestlohn ist es noch weit: Der müsste laut DIEESE bei gut 1.900 Reais liegen.

„Zum ersten Mal setzt sich der Staat für die Schwächsten ein“, sagt der CUT-Landesvorsitzende Celso Woyciechowski stolz: „Mit dem zusätzlichen Geld



Foto: © Gerhard Dilger

Mindestlohn wird knapp: Schuhmacherin Silvia Belloso

wurden die regionalen Wirtschaftskreisläufe angekurbelt. Und es gab Umverteilungseffekte“. „Vor fünf Jahren habe ich gerade 280 Reais bekommen“, erinnert sich Silvia Belloso, die eine zwölfjährige Tochter hat. „Über die Runden kamen wir damals nur, weil mein Mann viel besser verdient hat“. Doch in den letzten Monaten machen der Schuhmacherin die steigenden Lebensmittelpreise zu schaffen. „Die Preise für Reis, Bohnen oder Speiseöl sind regelrecht explodiert“, berichtet sie, „mit dem Sparen ist es jetzt wieder vorbei“.

Die bescheidene Umverteilung in der Ära Lula habe vor allem innerhalb der Lohnabhängigen stattgefunden, räumt Woyciechowski ein. „Auch die Prekarisierung hat zugenommen: Letztes Jahr wurden 14,3 Millionen Leute neu angestellt, doch 12,7 Millionen verloren ihren Job. Warum? Viele steigen wieder in einer niedrigeren Lohngruppe ein, es gibt kaum noch sichere Arbeitsplätze“.

Nun setzt die CUT große Hoffnung in einen Gesetzesentwurf der Regierung, durch den diese Abwärtsspirale zumindest gebremst werden soll. Schwerpunkt der diesjährigen Kundgebungen

zum 1. Mai war die Forderung nach einer 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich, die zwei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze bringen könnte – bislang ist in Brasilien die 44-Stunden-Woche die Regel. Zu einer breiten Mobilisierung ist es bis jetzt noch nicht gekommen. Die Kollegen aus den höheren Lohngruppen sind unzufrieden. „In den letzten Jahren haben die Erhöhungen gerade die Inflation ausgeglichen“, sagt die Bankangestellte Carmem Guedes (48). Nach 29 Jahren in der Branche verdient sie 1500 Reais netto (585 Euro), hinzu kommt eine kleine Gewinnbeteiligung.

Noch schwieriger ist die Lage für die Metallerin Shirley Aparecida Cruz. Die 33-Jährige montiert Elektroteile für Nutzfahrzeuge und verdient gerade 690 Reais. „Leider sind unsere Tarifabschlüsse unabhängig vom Mindestlohn“, berichtet sie. „Wenn das so weiter geht, liegt unser Basislohn bald darunter. Meine Kollegen sind ziemlich frustriert“.

Gerhard Dilger



Der Autor ist freier Journalist in Porto Alegre



Weitere Informationen:

<http://brasilienportal.brasilienpodcasts.de/2008/05/05>

Sklaven befreit

Aus sklavenähnlichen Verhältnissen wurden 35 Menschen im brasilianischen Bundesstaat Para durch Beamte der Arbeitsaufsichtsbehörde befreit. Nach einem Bericht in der Solidaritätszeitung „Brasilien Aktuell 2008“ waren sie in einem ehemaligen Viehstall neben Misthaufen untergebracht und wurden von Schlachtabfällen ernährt. Angezeigt wurde diese Behandlung durch einen Arbeiter, der im Februar geflüchtet war. Er war am ganzen Körper mit glühenden Eisen gefoltert worden, nachdem er besseres Essen und die Zahlung der ausstehenden Löhne verlangt hatte.

Der Besitzer des landwirtschaftlichen Betriebs hatte bereits auf der „schmutzigen Liste“ des Arbeitsministeriums gestanden, weil schon einmal Arbeiter von ihm in ähnlichen Verhältnissen angetroffen worden waren. Sklavenähnliche Bedingungen gibt es in Brasilien am häufigsten in der Zuckerindustrie. Arbeitssuchende geraten hinein, indem sie sich schon vor Arbeitsantritt bei ihrem Chef für Transport oder Unterkunft verschulden müssen. Die Regierung Lula geht dagegen vor. Für ihre Beamten ist das allerdings gefährlich: mehrere wurden bei ihrem Einsatz bereits umgebracht. Offiziell ist die Sklaverei in Brasilien bereits seit 1888 abgeschafft.



www.reporterbrasil.com.br/exibe.php?id=1292



Foto: © Gerhard Dilger

Stolz auf Umverteilung: Gewerkschafter Celso Woyciechowski



Südafrika – der Riese strauchelt

Gewalt gegen Fremde und Korruptionsvorwürfe gegen die eigene Spitze: Südafrikas Gewerkschaften stehen 14 Jahre nach der ersten Wahl vor neuen Problemen.

Südafrika ist ein Wirtschaftsriese: 36 Prozent des Brutto sozialprodukts von ganz Afrika werden hier produziert, mehr als die Hälfte davon in der kleinen Provinz Gauteng rund um Johannesburg. Die Automobilproduzenten Volkswagen, BMW, Mercedes Benz und andere sind zum Teil seit Jahrzehnten im Land und haben 13 Prozent Anteil am Export. In der Automobilindustrie sind knapp 70 Prozent gewerkschaftlich organisiert. Zwei Millionen von insgesamt 12 Millionen Beschäftigten sind Mitglied im größten Gewerkschaftsdachverband COSATU (Congress of South African Trade Unions) mit seinen 22 Einzelgewerkschaften.

ebenso wie ihre Opfer – zu den nicht formell Beschäftigten. Erzürnte Arme, denen die Demokratie noch immer kein Dach über dem Kopf und keine Arbeit beschert hat, glauben, Ausländer raubten ihnen die Arbeitsplätze. Das ist ein Problem für die Gewerkschaften – nicht nur als moralische Institution.

COSATU hat sich seit 1994 in ein enges Bündnis mit der Regierung begeben. Aus der historischen Entwicklung entstand die Allianz von ANC, SACP (kommunistische Partei) und COSATU. Gemeinsam unterstützen sie die Wahllisten des ANC für alle Parlamente. Der ANC regiert auf nationaler Ebene und in sieben von neun Provinzparlamenten mit Zweidrittelmehrheit. Die größte Oppositionspartei, die Democratic Alliance (DA), ist liberal und von Weißen dominiert. Deshalb übernimmt der

den Generalsekretär der SACP übergeben hat, die dann verloren ging. Korruptionsvorwürfe werden in Südafrika verfolgt. Sie können Teil von Machtkämpfen sein. Inzwischen aber murren die Mitglieder, da die innere Stärkung der Gewerkschaftsbewegung ausbleibt und COSATU in der Öffentlichkeit lediglich als Hausmacht von Jacob Zuma wahrgenommen wird. Generalsekretär Zwelinzima Vavi soll Arbeitsminister unter Präsident Zuma werden. Das scheint im Moment das einzige politische Ziel zu sein. Es ist zu wenig, um Menschen zu bewegen, Mitglied einer Gewerkschaft zu werden. Wenn der Riese COSATU sich nicht den Unorganisierten im informellen Sektor zuwendet, wo fern von der Macht Frustration wächst, wird er straucheln.

Peter Senft



Der Autor ist Sozialreferent der Botschaft Pretoria

Ramatex macht dicht

Die malaysische Textilfabrik Ramatex hat ihre Tore in Namibia im März nach sechs Jahren Betrieb geschlossen. Sie lässt mehrere tausend Frauen ohne Einkommen und verschmutzte Wasserreserven zurück. Namibia hatte für diese Investition 2001 den Zuschlag vor Südafrika und Madagaskar bekommen, weil es dem Unternehmen großzügige Bedingungen gewährte. Dazu gehörten Steuerbefreiungen und Ausnahmen vom Arbeitsrecht. Während seiner gesamten Tätigkeit in Namibia machte Ramatex Schlagzeilen wegen niedriger Löhne, mangelnder Sicherheit und Sozialleistungen sowie schlechter Behandlung von Arbeiterinnen. Erst nach Arbeitsniederlegungen wurde 2003 die Gewerkschaft anerkannt. Während Namibias Regierung mit dieser Investition die Arbeitslosigkeit zu senken hoffte, brachte Ramatex viele Arbeiter aus China, den Philippinen und Bangladesch mit. „Unterm Strich war Ramatex in Namibia ein Desaster für das Land“, urteilt Herbert Jauch vom Labour Resource and Research Institute in der Zeitung „The Namibian“. Seine Konsequenz: „Die Arbeitsgesetze und Regelungen des Landes, die Rechte der Arbeiterschaft müssen uneingeschränkt gelten, ebenso die Standards zu Umwelt, Gesundheit und Sicherheit.“ Der Fall zeige, dass das Anwerben von Investitionen um jeden Preis höchst problematisch sei.



Umweltverschmutzung bleibt: Ramatex in Namibia

Foto: © picture-alliance/dpa/epa/ton Huser



Demonstration gegen Fremdenfeindlichkeit in Johannesburg nach den Ausschreitungen im Mai

COSATU spielte historisch eine wichtige Rolle. In den 80er Jahren haben Gewerkschaften, die 1985 diesen Dachverband gründeten, den Kampf gegen Apartheid getragen. Unter Lebensgefahr und drohender Inhaftierung haben Gewerkschafter den Afrikanischen Nationalkongress (ANC), damals noch verboten, zu den entscheidenden Erfolgen im Befreiungskampf geführt.

Doch 14 Jahre nach Beginn der Demokratie stellt sich die Frage, welche Rolle die Gewerkschaften spielen und wen sie vertreten. Gewerkschaften organisieren nur Beschäftigte. Ohne Arbeitsvertrag in der formellen Wirtschaft gibt es keine Mitgliedschaft. Wer arbeitslos wird, muss seine „union card“ abgeben. 40 Prozent der Schwarzen aber sind arbeitslos. Die Menschen, die in Johannesburg und anderswo in den letzten Wochen bewaffnet auf Fremde losgegangen sind und dabei mehr als 50 Menschen umgebracht haben, gehörten –

Gewerkschaftsdachverband in vielen Fällen auch die Rolle der Opposition. COSATU's Gegenkonzept zur Regierung Mbeki ist eine keynsianische Wirtschaftspolitik mit starkem Interventionalismus, damit die Arbeitslosigkeit (offiziell 25 Prozent) abgebaut wird. Dieses Engagement aber geschieht zu dem Preis, dass COSATU seine eigentlichen gewerkschaftlichen Koordinierungsaufgaben vernachlässigt. Bei der jüngsten Wahl des neuen ANC-Präsidenten hat COSATU Jacob Zuma unterstützt, den Konkurrenten von Staatspräsident Thabo Mbeki. Ein politischer Preis wurde dafür nicht gefordert. Statt dessen wurden die Korruptionsvorwürfe gegen Zuma im Zusammenhang mit Südafrikas Waffengeschäften in den Wind geschlagen. Doch inzwischen musste selbst COSATU-Präsident Willie Madisha sein Amt niederlegen, weil er als Politbüromitglied der SACP eine Spende von einer halben Million Rand (etwa 50 000 Euro) angenommen und nachweislich an

Foto: © LaRRI



Webseite für Netzwerke

ThyssenKrupp steht beim Bau seines neuen Stahlwerks in Rio de Janeiro unter Beobachtung: das gewerkschaftsnahe Institut „Observatório Social“ erarbeitet nicht nur eine Studie zu dieser Investition, sondern es will seine Ergebnisse auch gleich ins Netz stellen.

Damit Gewerkschafter solche Informationen schnell bekommen und mit ihnen arbeiten können, hat das Institut eine neue Webseite mit dem Titel „Conexão Sindical“ entwickelt. Dabei wird es vom DGB Bildungswerk bis 2010 unterstützt werden. Alex Capuano, ein junger Politikwissenschaftler mit Begeisterung für soziale Bewegungen und digitale Kommunikation, ist zu Jahresbeginn eigens in das Großraumbüro des Observatórios in São Paulo eingezogen, um diese Seite lebendig zu machen. Er will vor allem die Mitglieder von Unternehmensnetzwerken motivieren, das neue



Foto: © Observatório Social

Stolz auf neue Webseite: Alex Capuano

Instrument zu nutzen, wenn sie sich über die Arbeit von BASF oder ThyssenKrupp austauschen. Damit das auch international möglich wird, soll die Seite im nächsten Jahr auch auf Englisch zur Verfügung stehen. Zentrales Anliegen des Projekts ist es, die soziale Verantwortung von Unternehmen

zu fördern und Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter mit den nötigen Kenntnissen und Fertigkeiten auszustatten, damit sie sie durchsetzen können. Maßstäbe für das, was Unternehmerhandeln als sozial gerecht und umweltbewusst gelten lässt, sind die entsprechenden Vereinbarungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über Kernarbeitsnormen und die Leitsätze der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) für multinationale Unternehmen. Auch Verhaltenskodizes einzelner Firmen spielen eine bedeutende Rolle – bei der Durchsetzung von gewerkschaftlichen Forderungen ebenso wie für die Außendarstellung der jeweiligen Firmen.

Problematisch bleibt die Überwachung der Unternehmen bei der Einhaltung der jeweiligen Standards. Das Observatório Social will deshalb Gewerkschaftsfunktionären ein Instrumentarium zur Überprüfung ihrer Firmen an die Hand geben und ihr Wissen zum Thema Unternehmensverantwortung vergrößern. Dafür sind Schulungen und Seminare geplant, in denen immer auch etwas Zeit für die Internetschulung bleiben soll.

www.observatoriosocial.org.br/conex2

VW-Kollegen rücken international dichter zusammen



Foto: © Lars Landmann/IG Metall

Unabhängig von Betriebsratsstrukturen haben sich Gewerkschaftsvertreter aus 14 VW-Standorten erstmals in Wolfsburg getroffen.

Zum ersten Mal haben sich Gewerkschafter aus allen VW-Standorten weltweit zu einer Konferenz in Wolfsburg getroffen. Die IG Metall Wolfsburg hatte knapp hundert VW-Kollegen aus 14 Ländern kurz vor dem weltweiten Tag der Arbeit nach Wolfsburg eingeladen, um über betriebliche und

politische Probleme ihrer Interessenvertretung zu diskutieren. Nach drei Tagen waren die Gewerkschafter der weltweiten VW-Standorte dichter zusammen gerückt: „Die Kommunikations- und Informationsstrukturen werden weiter ausgebaut. Das basisnahe gewerkschaftliche Netzwerk wird

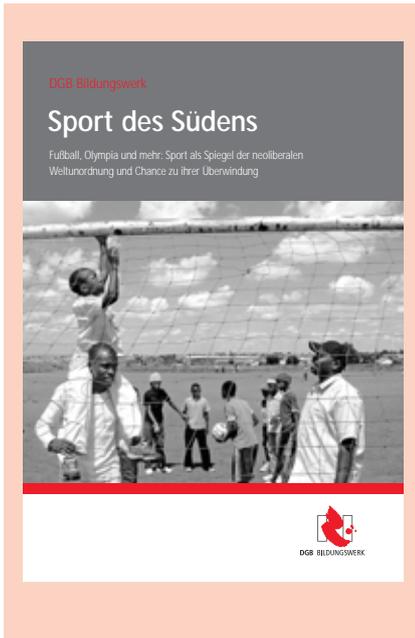
immer enger geknüpft. Das sind die Ergebnisse der dreitägigen Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Wolfsburg“, heißt es im Bericht der Wolfsburger IG Metall. Ihr Erster Bevollmächtigter Frank Patta sieht sogar nur noch eine VW-Belegschaft weltweit: „Die Probleme sind überall gleich, lediglich die Sprache unterscheidet sich“, berichtete er von der Konferenz. „Wer sich mit einem Teil dieser Belegschaft oder mit einem Standort anlegt, der bekommt es mit der gesamten Belegschaft zu tun.“

Beim Treffen in Wolfsburg haben sich die internationalen VW-Kollegen ausführlich mit der Auseinandersetzung um das VW-Gesetz beschäftigt. Es sei die Grundlage für einen Ausgleich zwischen Wirtschaftlichkeit und Beschäftigungssicherung überall in der „Volkswagen-Welt“ – von Brasilien über Südafrika bis nach Europa, heißt es im Bericht der Gewerkschaft. „Porsche will bei Volkswagen eine menschenverachtende Kultur wie bei Nokia“, kritisierte Frank Patta. Dagegen werde man kämpfen – weltweit, Standort für Standort.



Foto: © Lars Landmann/IG Metall

Ähnliche Probleme: VW-Kollegen aus aller Welt



Sport des Südens

Sportliche Großereignisse finden immer häufiger in den so genannten „Schwellenländern“ statt, die auf immer mehr Gebieten mit den Industrienationen des Nordens rivalisieren: Olympia 2008 in Peking, Fußball-WM 2010 in Südafrika, vier Jahre darauf in Brasilien. Ob sie deren Entwicklung nützen, bleibt umstritten. Die hoch kommerzialisierten Veranstaltungen betonieren die soziale Kluft oft eher als dass sie sie aufbrechen. Für Jugendliche aus den Slums von São Paulo oder Johannesburg bleibt kaum mehr als die Hoffnung auf einen individuellen Aufstieg, der nur ganz wenigen tatsächlich gelingt. Hier setzen die zahlreichen entwicklungspolitischen Projekte an, von denen in der Broschüre „Sport des Südens“ einige exemplarisch vorgestellt werden. Am meisten Erfolg versprechen wohl die, die mit einer gezielten Aufwertung des Bildungssystems Hand in Hand gehen. Doch auch in Deutschland wird immer häufiger das Völker verbindende Potenzial des Sports zu politischer Bildungsarbeit genutzt. Sport, so zeigt die vom DGB Bildungswerk herausgegebene Broschüre, ist nicht nur ein Spiegel der neoliberalen Weltunordnung, sondern er bietet auch Ansatzpunkte zu ihrer Überwindung.



Bestellung: www.nord-sued-netz.de/de/medien.html

Indien informell

Indien wird im Westen als kommende Wirtschaftsmacht wahrgenommen; nach wie vor aber lebt ein Drittel der Bevölkerung in Indien unterhalb der Armutsgrenze. Die überwältigende Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung schlägt sich im informellen Sektor der Wirtschaft durch – ohne Arbeits- oder Beschäftigungsschutz und ohne soziale Absicherung. Ihren Arbeits- und Lebensbedingungen widmet die Broschüre des DGB Bildungswerks „Informeller Sektor in Indien“ Aufmerksamkeit. Sie analysiert die Rahmenbedingungen und Strukturen des informellen Sektors in Indien und beleuchtet auch die Schwierigkeiten gewerkschaftlicher Organisation in diesem Bereich, die durch die Zersplitterung und Politisierung der indischen Gewerkschaften noch verstärkt werden. Die Autoren zeigen Wege auf, wie durch gewerkschaftliche und zivilgesellschaftliche Aktivitäten dennoch die „Organisation der Unorganisierten“ gelingen kann.



Bestellung: www.nord-sued-netz.de/de/medien.html

Endstation für Obst

Die großen Lebensmitteleinzelhändler und Discounter in Deutschland sind für miserable Arbeitsbedingungen von Arbeiterinnen und Arbeitern in Mittelamerika mitverantwortlich: zu diesem Schluss kommt eine Studie der Entwicklungsorganisation Oxfam über die Produktion von Bananen und Ananas in Costa Rica und Ecuador sowie die Struktur der Lieferketten beim Handel mit diesen Früchten. Handelsketten wie Edeka, Rewe, Aldi, Lidl oder Metro kontrollieren 70 Prozent des Marktes und könnten ihre Einkaufsmacht für eine Verbesserung der Produktionsbedingungen nutzen. Statt dessen setzen sie ihre Zulieferer unter Druck, damit sie die Kosten senken, heißt es in der Studie, die Oxfam unter dem Titel „Endstation Ladentheke“ veröffentlicht hat. Verbraucher sollten darauf bestehen, dass Lebensmitteleinzelhändler beim Einkauf bessere Arbeitsbedingungen im Obst- und Gemüseanbau unterstützen, appelliert die Studie.



Wortlaut der Studie: www.oxfam.de

Sommerakademie

Die Kasseler Sommerakademie zur Gestaltung der Weltwirtschaft lädt vom 25. bis 29. August in die Universität Kassel ein, sich mit weltwirtschaftlichen und -politischen Zusammenhängen auseinanderzusetzen und auf dieser Grundlage tagesaktuelle Forderungen neu einzuschätzen. Das Programm umfasst Seminareinheiten, in denen Grundlagen über die Funktionsweise der globalen Ökonomie und Institutionen der Weltwirtschaft vermittelt werden sowie Diskussionen über Gestaltungsmöglichkeiten und Strategieansätze für mehr Nachhaltigkeit im Dialog zwischen Nord und Süd. Die Sommerakademie soll zum Erfahrungsaustausch zwischen Aktiven aus Nichtregierungsorganisationen und Betrieben sowohl aus dem Norden als auch dem Süden dienen. Dazu tragen auch die Abendveranstaltungen mit Vertretern der Politik, der Nichtregierungsorganisationen und der Gewerkschaften bei. Tagungssprache ist deutsch; für internationale Gäste wird ins Englische übersetzt.



Weitere Informationen: www.uni-kassel.de

Termine

06.07.–11.07.2008

Containerflut – Der Hamburger Hafen als Drehkreuz im Globalisierungsweltlauf
| DGB Tagungszentrum Hamburg

03.08.–08.08.2008

Videoaktivismus – Mit Bildern die Welt verändern? Video als Medium der globalisierungskritischen Bewegung
| DGB Tagungszentrum Hattingen

31.08.–05.09.2008

Treibstoff für Konflikte? Öl- und Energieversorgung im 21. Jahrhundert
| DGB Tagungszentrum Hattingen

08.10.–10.10.2008

Die OECD-Leitsätze in der betrieblichen Praxis – Die sozial verpflichtete Unternehmensführung – wie reagiert der Betriebsrat?
| DGB Tagungszentrum Hamburg

Anmeldung und Informationen:

www.nord-sued-netz.de

Impressum

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich
Verantwortlich: Nina Berg
Redaktion: Sigrith Thomsen
Layout: Achim Konopatzki
Druck: graphik und druck Köln,
gedruckt auf FSC-Papier

DGB Bildungswerk e.V. | Nord Süd Netz
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 0211/4301 371, Fax: 0211/4301 500
e-mail: nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
Internet: www.nord-sued-netz.de
**Spendenkonto: SEB Bank AG,
Kto 101 600 9300, BLZ 300 101 11**



DGB BILDUNGSWERK